

Berlin, 18. Oktober 2002

Gemeinsamer Beschluss der Präsidien von CDU und CSU zur rot-grünen Koalitionsvereinbarung

1. Die Regierung ist wegen der massiven Erhöhung der Neuverschuldung in der Sache und wegen ihres dreisten Belügens der Wähler moralisch gescheitert, bevor sie überhaupt begonnen hat. Das Problem von Schröder und Eichel wird sein, dass man ihnen kein Wort mehr glauben wird. Schröder und seine Truppe strahlen keine Seriosität mehr aus – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.
2. Deutschland befindet sich in einer kritischen wirtschaftlichen Lage. Die binnenwirtschaftliche Rezession verfestigt sich, die Arbeitslosigkeit droht im Winter auf einen neuen Rekordwert von über 4,5 Mio. zu steigen. Die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme ist massiv gefährdet, die Steuereinnahmen gehen als Folge der wirtschaftlichen Schwäche zurück.
3. Der Koalitionsvertrag von Rot-Grün wird der schwierigen wirtschaftlichen Situation und dem dringend notwendigen Handlungs- und Reformbedarf auch nicht ansatzweise gerecht. Er ist kein Dokument des Aufbruchs für die kommenden Jahre. Er bestraft Leistung. Steigende Steuern und Sozialabgaben werden die wirtschaftliche Krise weiter verschärfen und zu weiter steigender Arbeitslosigkeit führen. Insbesondere für die neuen Länder fehlt jeglicher Impuls für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Rückfall in sozialdemokratische Verschuldungspolitik gefährdet die Stabilität des Euro. Der Koalitionsvertrag ist Ausdruck der Unfähigkeit von Rot-Grün, Deutschland zu modernisieren und auf den Pfad wirtschaftlichen Wachstums zurückzuführen. Rot-Grün macht alle ärmer. Beispiele sind die Kürzungen der Eigenheimzulage und die Besteuerung des Aktiensparens.

./.

4. Die geplante massive Erhöhung der Neuverschuldung um bis zu 16 Mrd. € im Jahr 2002 bedeutet, dass der Sparkurs der Bundesregierung komplett gescheitert ist. Sie ist eine Politik zu Lasten künftiger Generationen und führt zu einer deutlichen Verletzung des Defizitkriteriums des Stabilitätspaktes. Sie wird entweder Milliarden hohe Sanktionszahlungen an die Europäische Union oder eine Aufweichung des Stabilitätspaktes nach sich ziehen. Damit untergräbt ausgerechnet Deutschland den Stabilitätspakt und gefährdet die Geldwertstabilität des Euro. Für CDU und CSU ist der Euro-Stabilitätspakt die Grundlage für die Stabilität unserer Währung.
5. Die geplanten und schnell ansteigenden Steuererhöhungen von 7,1 Mrd. € im Jahr 2003 bis 22,3 Mrd. € im Jahr 2006 werden die Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der Wirtschaft sowie das Verbrauchervertrauen nachhaltig verschlechtern und trüben damit die wirtschaftlichen Aussichten weiter ein. Mit über 50 Steuerverschärfungen ist das rot-grüne Finanzpaket ein Steuererhöhungs- und Verschuldungsprogramm und widerspricht dem eindeutigen Versprechen des Bundeskanzlers, keine Steuererhöhungen vorzunehmen.
6. Rot-Grün erhöht weiter die Beiträge zu den Sozialversicherungen anstatt die notwendigen Strukturreformen anzugehen. Dies führt zu einer weiteren Anhebung der Lohnzusatzkosten, die schon heute im internationalen Vergleich viel zu hoch sind. Dies trifft alle Arbeitnehmer, reduziert die Bereitschaft zu Neueinstellungen weiter und verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Eine Konzeption für die notwendigen Reformen für den Arbeitsmarkt und zur Sicherung der Sozialversicherungssysteme ist nicht erkennbar. Die sogenannten Hartz-Vorschläge sind zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit ungeeignet.
7. Die Union lehnt einen nach unten nivellierenden Bildungszentralismus ab. Auf unseren Druck hin werden einheitliche und bessere Bildungsstandards in allen Ländern durchgesetzt. CDU und CSU setzen auf Qualität und Leistung an allen Schulen in Deutschland. Sie fordern die Bundesregierung auf, die

angekündigten 4 Mrd. € bis 2007 für den Ausbau von Ganztagschulen ohne inhaltliche Vorgaben an die Länder zu geben. Die Union wird keine inhaltlichen Vorgaben im Bundesrat akzeptieren.

8. CDU und CSU stehen für die Berechenbarkeit, Glaubwürdigkeit und Bündnisfähigkeit Deutschlands in der NATO und der EU. Frieden und Sicherheit sind auch für uns durch die neuen Gefahren von Terrorismus, Fundamentalismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bedroht. Nur gemeinsam können wir uns dagegen schützen. Deswegen setzen wir auf verlässliche Partnerschaft und auf einen gemeinsamen europäischen Weg. Unser Ziel ist, dass wir die durch die rot-grüne Politik und den Bundeskanzler verursachte außenpolitische Isolierung Deutschlands beenden und Deutschland auf den gemeinsamen europäischen Weg zurückführen.
9. CDU und CSU werden im Bund eine konstruktive Opposition sein. Wir werden Initiativen für eine bessere Politik einbringen in Bundestag und Bundesrat und die Bundesregierung mit dieser Alternative für eine bessere Politik in Deutschland konfrontieren. Wir sind uns einig, dass wir Steuer- und Abgabenerhöhungen verhindern wollen. Diskussionswürdig ist allein die angekündigte Korrektur von Fehlern der rot-grünen Steuerreform im Bereich des Körperschaftssteuerrechts, die allerdings nicht zu einer Substanzbesteuerung der Unternehmen und weiteren Ungleichgewichten zu Lasten der Personengesellschaften führen darf.
10. Unser Kontrastprogramm zu Rot-Grün setzt auf mehr Freiheit, mehr Leistung und mehr Gerechtigkeit:
 - Abbau von Bürokratie und Regulierung statt Erhöhung von Steuern und Abgaben
 - Die Schere zwischen Ost und West muss geschlossen werden und darf nicht weiter auseinander gehen

- Der Arbeitsmarkt muss befreit werden: Unbürokratische Jobs zum Hinzuverdienen, sofortige Abschaffung des Scheinselbständigkeitsgesetzes, betriebliche Bündnisse für Arbeit
- Sofortige Auflage eines Mittelstandsförderprogramms zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen
- Strukturen bei der sozialen Sicherung: Gesundheitsreform zur Beseitigung der Zwei-Klassen-Medizin. Rentenreform zur Wiederherstellung der Rentensicherheit. Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe mit dem Ziel, dass der, der arbeitet mehr in der Tasche hat als wenn er nicht arbeitet. Überprüfung der viel zu hohen Ausgaben von 22 Milliarden Euro für den zweiten Arbeitsmarkt mit dem Ziel, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken. Herangehen an die Missbräuche bei der Sozialhilfe zur Wiederherstellung der Leistungsgerechtigkeit.

Nur so geben wir den Menschen wieder Mut und erzeugen Aufbruchstimmung. Nur so schaffen wir wieder Wachstum und Beschäftigung für unser Land.